



LHB Aktiengesellschaft (vormals LHB Internationale Handelsbank AG)

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

Lagebericht

1. Einstellung des Bankgeschäftes

Die Hauptversammlung der LHB Bank hat am 11.06.2012 auf Vorschlag des Aufsichtsrates die Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes beschlossen. Aufgrund dieses Beschlusses wurden im weiteren Jahresverlauf 2012 alle Einlagen zurückgezahlt und die Kredite, sofern es sich nicht um Non-Performing Loans (NPLs) handelte, veräußert, so dass am 19.12.2012 die Banklizenz zurückgegeben werden konnte.

Aufgrund des Schließungsbeschlusses wandelte sich bezogen auf das lizenzpflichtige Bankgeschäft der bisherige „Going-concern-Ansatz“ in einen „Gone-Concern-Ansatz“, was den Jahresabschluss 2012 wesentlich beeinflusste. Dies zeigt sich insbesondere bei den erheblichen Sonderaufwendungen, die üblicherweise mit der Einstellung eines Geschäftsfelder verbunden sind (z.B. Sozialplan, etc.). Darüber hinaus hatte dieser Beschluss auch gravierende Auswirkungen hinsichtlich der Bewertung der Engagements, da diese im Zuge der Einstellung des Bankgeschäftes zum reinen Liquidationswert veräußert wurden, was ebenfalls zu erheblichen Sonderaufwendungen führte.

Zur Durchführung der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wurde ein Projektteam unter Einbezug aller Bereiche und unmittelbarer Einbindung des Vorstandes installiert.

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den für die Geschäftsaktivitäten der LHB Bank primär maßgebenden Ländern Deutschland, Kroatien und Slowenien entwickelten sich zum Teil wie bereits im Vorjahr sehr unterschiedlich. Dies hatte, wie bereits oben erläutert, zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Preisfindung im Rahmen der Veräußerung von Kreditengagements. Aus Gründen der Übersichtlichkeit berücksichtigen die nachstehenden Erläuterungen der Rahmenbedingungen die länderspezifische und branchenbezogene Bedeutung für das Kreditportefeuille. Die Verteilung des netto Firmenkreditportfolios der LHB Bank zum 30.06.2012, d.h. unmittelbar nach der Beschlussfassung zur Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes, zeigt folgende Übersicht:

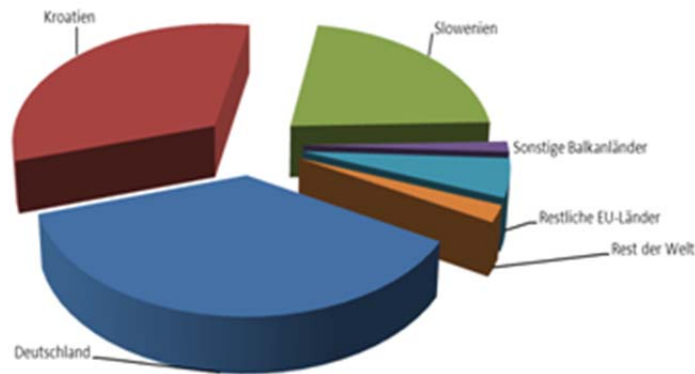


Abb. 1: Geografische Verteilung Netto-Firmenkredite zum 30. Juni 2012

Nachdem in **Deutschland** bereits im Jahr 2011 insbesondere das Anziehen der Exporte sowie stark gestiegene private Konsumausgaben für eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,0 % gesorgt hatten, ist das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2012 nur noch um 0,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Jahr 2012 erwies sich die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession. Allerdings hat sich die deutsche Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte abgekühlt.

In **Slowenien** erwarten Experten nach dem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 um 0,2 % für das Jahr 2012 sogar ein um ca. 0,9 % abgeschwächtes BIP. Slowenien ist erneut in der Rezession. Das BIP wächst frühestens 2013 wieder, eine Spar- und Wachstumspolitik wurde eingeleitet, wobei es fraglich ist, in wie weit diese bei der derzeitigen politischen Lage umgesetzt werden kann. Kreditklemme, hohe Verschuldung von Unternehmen, insbesondere im Bereich der Automobilzulieferindustrie und Insolvenzen, speziell im Bausektor, lasten auf den Investitionen. Die Konsumenten werden vorsichtiger, die Sparpolitik drückt auf die Einkommen mit negativer Auswirkung auf Privatkonsum und damit verbundene Einzelhandelsumsätze.

Kroatien wird 2012 voraussichtlich einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um fast 2 % hinnehmen müssen. Im 2. Quartal ist die Wirtschaftsleistung mit einer Jahresrate von 2,1 % gesunken, wobei die Prognosen noch ungünstiger waren. Die Einzelhandelsumsätze sind erneut eingebrochen. Im Jahr 2013 kann das Land - wie schon 2011 - wenig mehr als Stagnation erwarten. Dramatisch hat sich insbesondere der Immobiliensektor entwickelt. Viele Projektfinanzierungen können nicht wie geplant durch Abverkauf der erstellten Immobilien abgeschlossen werden. Ursache hierfür ist der Einbruch bei den Immobilienpreisen, da

die Projekte nicht zu den kalkulierten Verkaufspreisen veräußert werden können. Und selbst bei hohen Preisnachlässen, die zu entsprechenden Verlusten auch bei den Kreditgebern führen, können viele Objekte aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsprognosen nicht liquidiert werden. Voraussichtlich Mitte 2013 wird Kroatien als 28. Staat in die EU aufgenommen werden.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern wirkt sich auch auf die jeweiligen Länderratings aus. Diese stellen sich per Ende 2012 wie folgt dar:

	Fitch
Deutschland	AAA
Slowenien	A- / negative outlook
Kroatien	BBB- /negative outlook

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1. Geschäftsentwicklung im Überblick

Die im Geschäftsjahr 2012 beschlossene Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes sah die Rückführung bzw. den Verkauf aller bestehenden Forderungen und die Rückzahlung aller Verbindlichkeiten vor. Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken wurden vor der Rückgabe der Banklizenz in voller Höhe zurückgeführt. Die Position „Forderungen an Kunden“ zum Bilanzstichtag besteht - mit wenigen Ausnahmen – nur noch aus NPLs. Auch diese noch verbliebenen Forderungen werden zeitnah abgewickelt bzw. verkauft. Die Bilanzsumme verminderte sich dabei im Jahresvergleich um EUR 442,2 Mio. auf EUR 41,1 Mio.

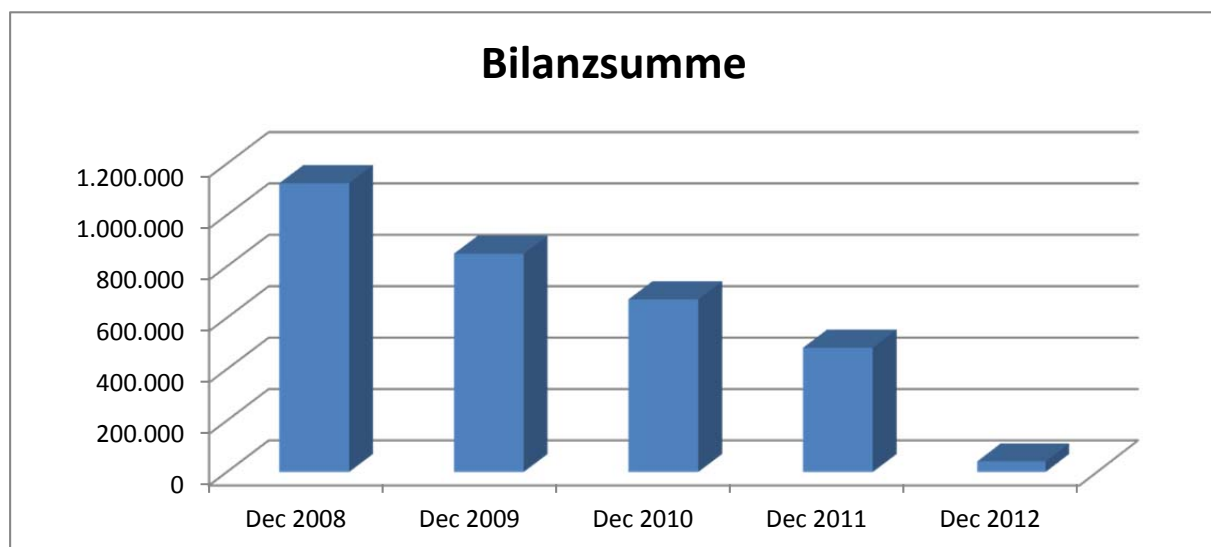


Abb. 2: Entwicklung der Bilanzsumme in TEUR

3.2. Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich das Netto-Geschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr im Rahmen der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wesentlich um insgesamt 92,8 % auf EUR 37,1 Mio. reduziert.

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden, das für die LHB Bank wichtigste Geschäftsfeld, sank dabei binnen Jahresfrist um 88,2 % (= EUR 277,5 Mio.) auf nur mehr EUR 3,8 Mio. Neukredite wurden in 2012 nicht mehr vergeben. Die verbliebenen Forderungen an Kunden umfassen mit wenigen Ausnahmen fast ausschließlich vollständig wertberichtigte Forderungen. Das Interbankkreditgeschäft wurde im Zuge der Rückgabe der Banklizenz vollständig eingestellt. Bei den als Forderungen gegenüber Banken ausgewiesenen Beträgen handelt es sich fast ausschließlich um Guthaben auf laufenden Konten bei inländischen Kreditinstituten.

Der Wertpapierbestand wurde vollumfänglich veräußert, sofern die betroffenen Wertpapiere nicht ohnehin im Geschäftsjahr fällig wurden.

Das verbundene Unternehmen LHB Immobilien GmbH, Frankfurt, wurde zum Bilanzstichtag veräußert. Unsere Beteiligung an dem verbundenen Unternehmen LHB Trade d.o.o., Zagreb, Kroatien, haben wir aufgrund erwarteter dauerhafter Wertminderung auf den Betrag von TEUR 121 abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie die Einlagen von Nichtbanken wurden im Geschäftsjahr in voller Höhe zurückgeführt.

Insbesondere aufgrund der bereits für Juni 2013 vertraglich vereinbarten Übertragung unserer Pensionsrückstellungen an den BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG haben wir diese gegenüber dem Vorjahr deutlich um EUR 11,8 Mio. erhöht. Auch die anderen Rückstellungen wurden insbesondere aufgrund der erwarteten Kosten des mit dem Betriebsrat vereinbarten Sozialplans (z.B. für Transfergesellschaft und Abfindungen) sowie weiterer erwarteter Schließungskosten deutlich um 4,3 Mio. erhöht. Die Bildung von Steuerrückstellungen war nicht erforderlich.

Aufgrund des Jahresfehlbetrages in Höhe von EUR 52,7 Mio. reduziert sich das Eigenkapital zum Ende des Berichtsjahres auf EUR 8,8 Mio.

3.3. Finanz- und Liquiditätslage

Die nachhaltige Refinanzierung der geringen noch verbliebenen Forderungen an Kunden der LHB AG erfolgt nunmehr ausschließlich aus unserem Eigenkapital. Die Zahlungsfähigkeit war während des ganzen Geschäftsjahres stets gegeben und die Liquidität stets zufriedenstellend. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung wurde im gesamten Berichtsjahr eingehalten. Mit einem auf Basis der Monatsultimowerte Januar - November ermittelten Durchschnittswert, lag der Wert mit 18,50 weit über dem Mindestwert von 1,0.

3.4. Ertragslage

Aufgrund der Veräußerung der Kredite verschlechterte sich das Zinsergebnis gegenüber dem Vorjahr um EUR 4,5 Mio. bzw. 37,8 % auf EUR 7,4 Mio. Hierin enthalten ist auch ein Sonderaufwand von EUR 1,3 Mio. EUR im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückzahlung längerfristiger Verbindlichkeiten. Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wird auf die übliche Angabe der Zinsmarge verzichtet, da diese durch die Sonderfaktoren nicht aussagekräftig ist.

Das Provisionsergebnis verminderte sich aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes um 33,3 % auf nur noch EUR 0,6 Mio. Ausnahmslos alle provisionsrelevanten Geschäftsarten waren dabei gleichermaßen rückläufig.

Der Personalaufwand hat sich brutto um 30,0 % auf EUR 7,8 Mio. erhöht, was ausschließlich auf die deutlich erhöhten ordentlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen war.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich insbesondere aufgrund gestiegener Rechtsberatungskosten gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % erhöht.

Aufgrund der Veräußerung der Kredite im Zuge der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes sind die Aufwendungen zur Abdeckung von akuten und latenten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft nicht mit denen im Vorjahr vergleichbar. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, wird deshalb auf eine summarische Betrachtungsweise abgestellt.

Bei der Veräußerung der Kredite wurde der relevante Marktpreis auf Basis eines Bewertungsmodells im Sinne eines „Market-to Model“-Ansatzes berechnet. Bei performing loans wurde dabei der „discounted cash-flow“ der erwarteten zukünftigen Zahlungen als adäquaten Marktwert ermittelt. Bei NPLs hingegen richtete sich der Marktwert grundsätzlich nach dem diskontierten Liquidationswert der vorhandenen Sicherheiten. Aufgrund der oben beschriebenen schwierigen wirtschaftlichen Lage in den Zielländern Slowenien und Kroatien, mussten bei der Veräußerung erhebliche Abschläge gegenüber dem Buchwert in Kauf genommen werden. Dass die Abschläge dabei auch über den bereits gebildeten Einzelwertberichtigungen lagen, ist insbesondere auf die negativen Prognosen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in diesen beiden Ländern zurückzuführen.

Unter Berücksichtigung der Auflösung von Einzelwertberichtigungen, Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von insgesamt EUR 2,3 Mio. ergab sich ein Aufwand in Höhe von EUR Mio. 12,7 EUR; 17,4 Mio. wurden in den a.o. Aufwendungen ausgewiesen.

Aus Fälligkeiten und Verkäufen von Wertpapieren resultierte ein Nettogewinn in Höhe von EUR 1,0 Mio.

Aufwendungen aus unseren Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen entstanden durch die Veräußerung der LHB Immobilien GmbH sowie aufgrund der buchhalter-

schen Erfassung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei der LHB Trade d.o.o., Zagreb.

Außerordentliche Aufwendungen wurden durch Kosten der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäfts verursacht, die im Anhang detailliert beschrieben wurden.

Außerordentliche Erträge resultierten aus Wertaufschlägen (Agiros) beim Verkauf von Kreditforderungen.

Insgesamt wurde das Geschäftsjahr 2012 mit einem Verlust in Höhe von EUR 52,7 Mio. abgeschlossen, nachdem im vorangegangenen Geschäftsjahr bereits ein Verlust in Höhe von EUR 24,0 Mio. ausgewiesen werden musste. Die Höhe des aktuellen Verlustes ist maßgeblich den Kosten geschuldet, die aus der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes der LHB resultierten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass nach Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes die Vermögens- und Finanzlage geordnet ist. Da – abgesehen von der Abwicklung von NPLs – der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb eingestellt ist, erwirtschaftet die Gesellschaft keine nennenswerten anderweitigen Erträge.

4. Risikobericht

4.1. Risikomanagement allgemein

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat eindrucksvoll gezeigt, dass ein wirksames Risikomanagement für den Fortbestand eines Instituts unabdingbar ist. Sie hat aber auch gezeigt, dass das bloße Abstellen und Vertrauen auf mathematische Modelle und Kennzahlen kein Garant für die wirksame Beherrschung von Risiken darstellt. Dies hat sich auch im Rahmen der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes gezeigt. Aufgrund der Änderung der Geschäftsstrategie (Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes) war es notwendig, zu den bisher üblichen Berechnungen weitere, die spezifische Situation berücksichtigende Berechnungen durchzuführen.

Gemäß AT 3 MaRisk ist die gesamte Geschäftsleitung für das Risikomanagement und die Weiterentwicklung verantwortlich. Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sind für alle Bereiche schriftlich fixierte Rahmenbedingungen und Arbeitsanweisungen implementiert. Hierdurch wird sichergestellt, dass alle Risiken identifiziert, gemessen, limitiert, gesteuert und überwacht werden. Um eine permanente Anpassung an die aktuellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, wurden die Risiken im Rahmen der Risikoinventur 2011 neu bewertet.

Zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Risikomanagement zu, dem insbesondere auch die Berichterstattung an den Vorstand, Aufsichtsrat sowie die Muttergesellschaft obliegt. Die Berichterstattung folgt einer für die jeweiligen Risiken vorgegebenen Frequenz und reicht von wöchentlicher bis quartalsmäßiger Berichterstattung. In besonderen Fällen erfolgt eine ad-hoc-Berichterstattung. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Vorstand

stets umfänglich über die aktuelle Risikolage der Bank informiert ist und bei Änderungen zeitnah geeignete Maßnahmen ergreifen kann. Als wesentliche Risikoarten wurden bei der LHB folgende Risiken identifiziert:

- Adressenausfallrisiken/Kreditrisiken
- Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungs- und Währungsrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken in unterschiedlicher Ausprägung

Diese Risiken werden nachfolgend näher beschrieben und das jeweilige Risikomanagement/-controlling erläutert. Die Ausführungen betreffen – sofern nicht explizit erwähnt – primär den Zeitraum der Tätigkeit als Kreditinstitut. Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäfts betreffen bzw. betrafen einige Ausführungen deshalb nicht den ganzen Berichtszeitraum.

4.2. Risikoarten

4.3. Kreditrisiken/Adressenausfallrisiken

Das Kreditrisiko, d.h. die Gefahr, dass ein Vertragspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht, nicht vollumfänglich oder nicht fristgerecht nachkommt, stellt für die LHB Bank aufgrund der strategischen Ausrichtung das mit Abstand größte Risiko dar. Die ebenfalls unter den Adressenausfallrisiken zu subsumierenden Kontrahentenrisiken sind für die Bank von untergeordneter Bedeutung. Zur Begrenzung des Kreditrisikos sind verschiedene Maßnahmen und Limite implementiert. Hierzu zählen insbesondere:

- Kreditvergabe nur bei ausreichender Bonität und/oder Sicherheiten (individuelles, bonitätsbezogenes Kundenlimit)
- Berücksichtigung von Abhängigkeiten zwischen Kreditnehmern (Kreditnehmerdefinition, Großkreditvorschriften)
- Vorschriften zur Vermeidung von Klumpenrisiken und Gewährleistung einer ausreichenden Granularität des Portfolios (Limitierung des max. Kundenlimits; Großkreditvorschriften)
- Berücksichtigung von Branchen (Branchenrisiken)
- Limitierung der max. Kredite an Kreditnehmer eines Landes (Länderlimit)
- Limitierung des gesamten Kreditportfolios (Gesamtlimit)

Entsprechend den erwähnten Kriterien sind entweder feste Limite vorgegeben, oder die Ausprägungen werden im Rahmen der Berichterstattung im Risikobericht analysiert und dargestellt, so dass die Geschäftsleitung ggf. geeignete Maßnahmen einleiten kann.

Das Hauptaugenmerk richtet sich zunächst auf das Einzelengagement. Hierzu werden alle Kunden nach einem internen Ratingverfahren in eine von 9 Bonitätsstufen eingeordnet. Für Projektfinanzierungen kommt ein spezielles Ratingverfahren zur Anwendung. Jedes Rating wird mindestens jährlich überprüft, um möglichst zeitnah Veränderungen in der Bonitätsbeurteilung zu erkennen.

Die unter Berücksichtigung des internen Ratings festgelegten Limite für einen Kunden werden täglich überwacht. Limiteinrichtung, -änderung bzw. -überschreitung bedürfen der vorherigen Zustimmung der relevanten Kompetenzträger. Im Rahmen der Risikofrüherkennung werden Zahlungsrückstände zeitnah beobachtet, um frühzeitig entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. Rückstände von mehr als 30 bzw. 90 Tagen setzen ein fest definiertes Eskalationsverfahren in Kraft, das in der Endstufe in der Übergabe des Engagements an die Intensivbetreuung mündet.

Eingetretenen und latenten Risiken wird unter Berücksichtigung vorhandener Sicherheiten durch Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen.

Das Länderrisiko als Teil des Kreditrisikos bedeutet im engeren Sinne das Risiko, dass Kreditnehmer ihren Verpflichtungen aufgrund hoheitlicher Maßnahmen nicht nachkommen können (Transferrisiko) oder wollen (Zahlungsverweigerung). Im weiteren Sinne wird unter dem Länderrisiko auch die geografische Verteilung des Kreditportfolios verstanden. Um beiden Risiken entsprechend Rechnung zu tragen, wird jährlich bzw. bei Bedarf für die wichtigsten Zielländer eine Länderrisikoanalyse erstellt. Auf Basis dieser Analysen werden die entsprechenden Länderlimite festgelegt und somit unter Bonitäts Gesichtspunkten das geografische Risiko/Länderrisiko gesteuert.

4.4. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken liegen bei der LHB Bank nur in Form von Zinsänderungs- und Währungsrisiken vor. Andere Marktpreisrisiken (z.B. Aktienkursrisiken, Rohstoffpreisrisiken, etc.) geht die Bank nicht ein.

4.4.1. Zinsänderungsrisiken

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass bei unterschiedlicher Zinsreagibilität der Aktiv- und Passivseite bei Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus ein Verlust entsteht. Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken erstellt die Bank wöchentlich eine Zinsbindungsbilanz (Zins-GAP-Analyse). Hierzu werden sämtliche zinssensitiven Aktiva und Passiva entsprechend ihrer Fälligkeit in Laufzeitbänder gegliedert und dann die offene Position je Laufzeitbank ermittelt (GAP). Bis zu einem Jahr werden die Laufzeitbänder auf Monatsbasis, für Laufzeiten über 1 Jahr bis 9 Jahre jeweils auf Jahresbasis dargestellt. Das Risiko wird als Barwert der Ergebnisveränderung bei einer plötzlichen Verschiebung der Zinskurve (sogeannter Zinsschock) berechnet.

Aufgrund des BaFin-Rundschreibens 11/2011 vom 9. November 2011 wurden die Vorgaben für den Zinsschock entsprechend dem internationalen Standard neu auf +/- 200 BP festgelegt. Aufgrund dieser Änderung wurden die GAP-Limite auf EUR 0,75 Mio. neu festgelegt; das Gesamtlimit ist unverändert. Während des ganzen Jahres, respektive bis zur Einstellung

des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes lag der Wert weit unter dem Wert, ab dem die Bankenaufsicht ein Kreditinstitut als Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko klassifiziert.

Die Analysen werden auf monatlicher Basis durch die Zinsspannenrechnung und vierteljährlich durch die Zinsbindungsbilanz ergänzt. Ferner werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes Zinsänderungsrisiken auch mittels eines Value-at-Risk-Ansatzes (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einem Beobachtungszeitraum von 250 und einer Haltedauer von 63 Handelstagen ermittelt.

4.4.2. Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der Wert eines in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumentes aufgrund der Veränderung der Devisenkurse schwankt. Zur Begrenzung des Verlustrisikos limitiert die LHB Bank die Währungsrisiken durch die Festlegung einer „Netto-Verlustobergrenze“, einer maximalen „Overall-Nettoposition“ sowie der maximalen „Einzelfremdwährungsposition“. Die Einhaltung der Limite wird arbeitstäglich überwacht und die sich aus Währungspositionen ergebenden GuV-Wirkungen werden täglich fortgeschrieben, so dass eine zeitnahe Überwachung der Ist-Situation stattfindet.

Um die aus Währungspositionen resultierenden potenziellen Risiken beurteilen zu können, wird auf monatlicher Basis im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung das Währungsrisiko über einen VaR-Ansatz ermittelt. Hierbei wird eine Haltedauer von 63 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,0 % bei einem Beobachtungszeitpunkt von 250 Handelstagen unterstellt.

Die offene Gesamtwährungsposition bewegte sich während der 1. Hälfte des Geschäftsjahres zwischen EUR 1,9 – 2,2 Mio., wobei hierin eine wertberichtigte Fremdwährungsforderung in Höhe von EUR 1,7 Mio. enthalten war. In der 2. Hälfte wurden alle Währungspositionen im Zuge der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes geschlossen. .

4.5. Liquiditätsrisiken

Die LHB Bank definiert als Liquiditätsrisiko die Gefahr, dass

- gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko);
- Vermögenswerte nicht oder nur mit hohen Abschlägen liquidiert werden können (Liquidationsrisiko);
- Refinanzierungsmittel nur zu höheren Marktkonditionen erworben werden können (Refinanzierungsrisiko).

Die jederzeitige Einhaltung der Zahlungsfähigkeit ist eine strenge Nebenbedingung der bankbetrieblichen Tätigkeit. Dazu zählen auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Liquiditätsverordnung sowie die Vorschriften der Mindestreserve. Zur Erfüllung der Anforderungen und Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft hat die Bank entspre-

chende Maßnahmen und Prozesse implementiert. Ausgangspunkt ist die tägliche, wöchentliche und monatliche Liquiditätsplanung, in denen alle bekannten und erwarteten Zahlungsflüsse abgebildet werden. Unter Berücksichtigung eines von der Geschäftsleitung festgelegten Liquiditätspuffers werden dann die entsprechenden Finanzierungsmaßnahmen geplant und operativ umgesetzt. In den wöchentlichen Sitzungen des „Asset-Liability-Committee“ (ALCO) wird die aktuelle Situation besprochen und ggf. notwendige weitere Maßnahmen geplant.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass bei fehlendem allgemeinem Marktvertrauen Marktverwerfungen auftreten können, die an die Sicherstellung der Liquidität besondere Herausforderungen stellen. Um die möglichen Auswirkungen unterschiedlicher Szenarien zu überprüfen, werden deshalb auf monatlicher Basis definierte Stressszenarien analysiert. Dabei werden der Abfluss bestehender Refinanzierungsmittel bei gleichzeitig veränderten Bedingungen der Verwertbarkeit bestimmter Vermögenswerte simuliert. Die Ergebnisse werden sowohl in absoluten Zahlen als auch – je nach Auslastung der definierten Grenzen – in Ampelfarben dargestellt. Aus den Ergebnissen der Stressszenarien werden dann ggf. notwendige Maßnahmen abgeleitet und durch die jeweils zuständigen operativen Einheiten umgesetzt. Limitüberschreitungen sind nicht vorgekommen.

Aufgrund dieser vorausschauenden Liquiditätsplanung konnte die Zahlungsfähigkeit jederzeit sichergestellt werden. Darüber hinaus bestanden Refinanzierungslinien mit dem Mutterhaus, die im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückzahlung der Nichtbankeneinlagen auch in Anspruch genommen wurden.

4.6. Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko beschreibt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt ebenfalls rechtliche Risiken ein, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren. Damit wird deutlich, dass das operationelle Risiko in allen Geschäftsbereichen und auf allen -ebenen entstehen kann. Insbesondere im Zusammenhang mit der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäfts und der Abwicklung von NPLs wurde zur Begrenzung der daraus resultierenden Risiken verstärkt auf externe Rechtsberatung zurückgegriffen.

Während die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen des Basisindikatoransatzes der Solvabilitätsverordnung die operationellen Risiken nur sehr pauschal durch Eigenkapitalunterlegung reglementieren, wird für die interne Steuerung und Überwachung auf konzernweite risikoorientierte Standards zurückgegriffen. Hierbei werden zunächst auf Ebene jeder einzelnen Organisationseinheit im Rahmen eines Self-Assessments die erwarteten Risiken hinsichtlich erwarteter Verlusthöhe und Häufigkeit erfasst. Durch diese strukturierte Risikofassung lässt sich das OpRisk-Profil der Gesamtbank darstellen und die wesentlichen Risikofaktoren herausfiltern. Die nachstehende Abbildung verdeutlicht dies beispielhaft.

Eingetretene Verluste werden in einer Loss-Event-Datenbank erfasst und auf monatlicher Basis vom OpRisk-Manager dem OpRisk-Committee zur Kenntnis gebracht. Quartalsmäßig erfolgen weitere Auswertungen und Analysen, um zeitnah ggf. notwendige Maßnahmen einleiten zu können.

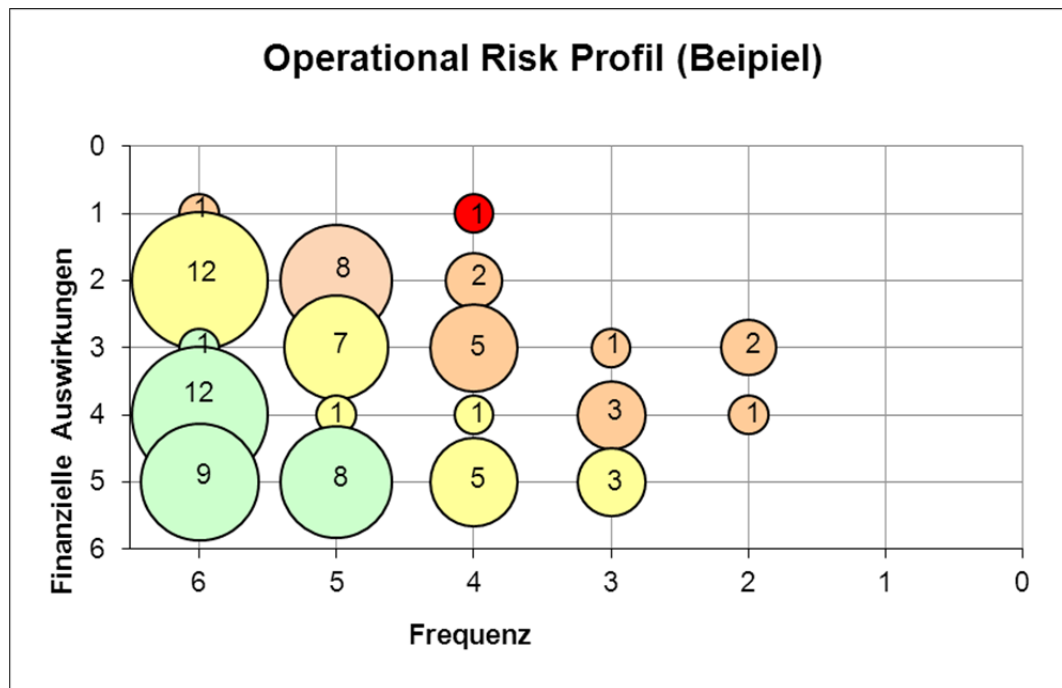


Abb. 4: Beispiel für die Darstellung Risikoprofil OpRisk

Das auf Basis eines Self-Assessment ermittelte potenzielle Risiko beträgt mit EUR 0,5 Mio. weniger als 1/5 der bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach dem Basisindikatoransatz in Höhe von EUR 2,3 Mio. Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wurde auf die Durchführung eines erneuten Self-Assessments verzichtet.

Neben den standardmäßig als OpRisk identifizierten Fällen musste im Rahmen der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes auch der Situation Rechnung getragen werden, dass benötigte qualifizierte Mitarbeiter vorzeitig die LHB Bank verlassen. Diesem OpRisk im „gone-concern“ Fall wurde dadurch Rechnung getragen, dass – soweit möglich – einzelne organisatorische Einheiten zusammengelegt wurden, um durch eine stete qualifizierte Besetzung zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden sogenannten „key employees“ spezielle Anreize für den weiteren Verbleib geboten. Durch diese Maßnahmen war es der LHB Bank grundsätzlich möglich, den zusätzlich aufgetretenen operationelle Risiken adäquat zu begegnen.

4.7. Risikotragfähigkeit

Das Risikotragfähigkeitskonzept der LHB Bank AG basierte auf dem „Going-Concern-Ansatz“ und stellte sicher, dass – unabhängig von den bankaufsichtsrechtlichen Solvabilitäts-

vorschriften – der Fortbestand der Bank auch bei unerwarteten Verlusten gewährleistet wird. Hierzu wurde das aktuell verfügbare Risikodeckungspotenzial den potenziell möglichen (unerwarteten) Verlusten gegenüber gestellt. Dabei dürfen die ermittelten Risiken die für die jeweilige Risikoart festgelegten Limite nicht überschreiten. Im Rahmen von definierten Stressszenarien wurde auch die Einhaltung der Risikotragfähigkeit unter extremen Bedingungen, z.B. Downgrading der wichtigsten Branche oder der Kreditnehmer eines oder mehrerer Länder, gestresst. Dabei wurde zwischen den Szenarien „Best Case“, „Middle Case“ und „Worst Case“ unterschieden. Darüber hinaus wurde in einem extremen Stressszenario ein globaler Abschwung durch pauschale Reduzierung der Ratings um jeweils ein Notch simuliert und der so ermittelte unexpected loss bei einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Übersteigen die ermittelten Risiken bestimmte Grenzwerte, signalisiert das Konzept in Form der Ampelfarben der Geschäftsleitung einen bestehenden Handlungsbedarf.

Aufgrund des HV-Beschlusses zur Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäfts änderte sich jedoch – wie bereits oben erwähnt – der bankmäßige „Going-Concern-Ansatz“ bzgl. des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes in einen „Gone-Concern-Ansatz“. Aufgrund dieser Änderung war der ursprünglich stochastische RTF-Ansatz ab Beschlussfassung nicht mehr in der Lage, ein umfassendes Bild hinsichtlich Risikotragfähigkeit zu liefern. Aus diesem Grund wurden im Rahmen der Planung zur Veräußerung der Kredite zusätzliche Berechnungen bzgl. erwarteter Abschläge sowie der daraus resultierenden Kapitalmaßnahmen durchgeführt. Aufgrund dieser Berechnungen wurde ein zusätzlicher Kapitalbedarf zum Jahresende 2012 ermittelt, der durch Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von EUR 10 Mio. gedeckt wurde.

Da die Auslastung der Limite in der 2. Jahreshälfte verzerrt sind, zeigt die nachfolgende Abbildung die Werte per 30.06.2012:

Risikoart	Limit	Ausnutzung Normalfall	Ausnutzung „Worst Case“
Adressenausfallrisiken	15.000	14,7 %	14,7 %**)
Marktpreisrisiken (unkorreliert)	3.000	20,4 %	38,0 %
Sonstige Risiken/ Risikopuffer	2.000	0,0 %	0,0 %
Operationelle Risiken	260	0,0 %*)	0,0 %
Gesamt	20.260	13,9 %	16,5 %

*) Operationelle Risiken werden nur angerechnet, sofern diese den im Rahmen der Ermittlung des freien Risikodeckungspotenzials in Abzug gebrachten SolvV-Wert übersteigen.

***) Bei der genannten Auslastung wird unterstellt, dass sowohl die erwarteten Verluste als auch die unerwarteten Verluste des Stressszenarios vollständig schlagend werden.

Abb. 4: Auslastung Risikotragfähigkeit

4.8. Einhaltung der Solvabilitätsvorschriften

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Kapitaladäquanz nach der Solvabilitätsverordnung jeweils zum Monatsultimo bis November 2012:

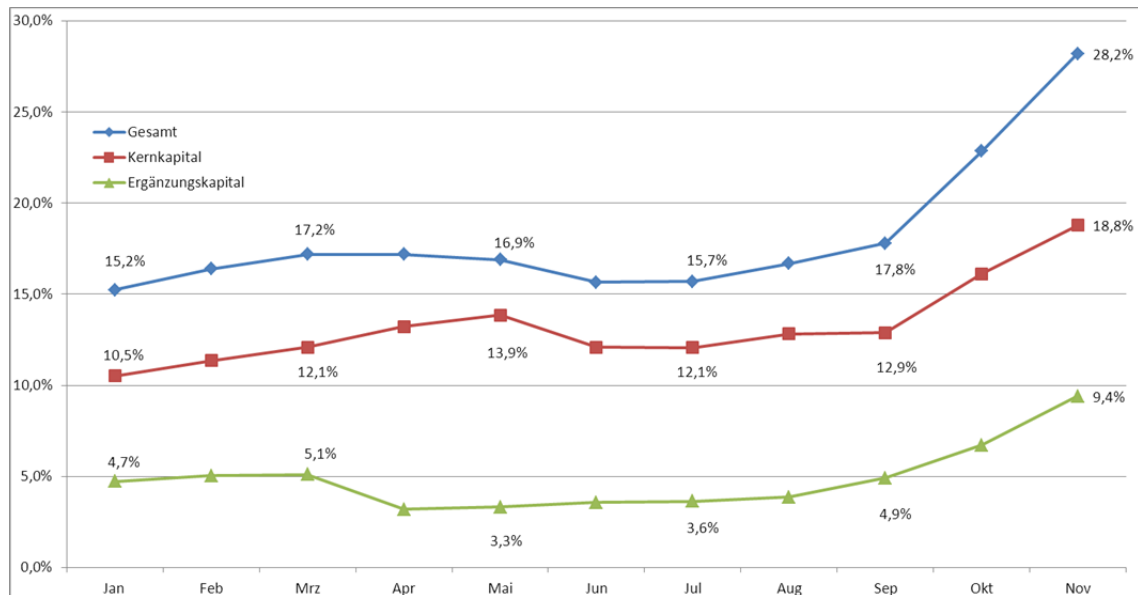


Abb.5: SolvV-Kennziffer im Geschäftsjahr 2012

5. Sonstiges

5.1. Beteiligungen und Repräsentanzen

Die LHB unterhält zum Bilanzstichtag nur noch eine Beteiligung an der LHB Trade d.o.o..

Die Beteiligung an der LHB Immobilien GmbH wurde zum Bilanzstichtag verkauft, die beiden Repräsentanzen in Zagreb (Kroatien) und Belgrad (Serbien) wurden im Jahr 2012 geschlossen.

5.2. Rating

Ein externes Rating für unsere Bank besteht nicht.

6. Nachtragsbericht

Auf folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag ist hinzuweisen:

- Auf Basis eines Beschlusses der Muttergesellschaft hat eine a.o. Hauptversammlung der LHB AG die Durchführung einer forensischen Untersuchung beschlossen. Diese hat bereits begonnen und soll planmäßig bis Mitte des Jahres 2013 abgeschlossen sein.
- Forderungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 1,7 Mio. konnten bereits veräußert bzw. abgelöst werden; dabei wurde ein Gewinn in Höhe von TEUR 450 erzielt.
- Das Landgericht Frankfurt hat eine Klage der Republik Kroatien auf Anordnung eines Zwangsgeldes im Zusammenhang mit der Klage aus dem Jahr 2004 zurückgewiesen. Hiergegen hat die Republik Kroatien Beschwerde eingelegt.
- Die beiden Arbeitsgerichtsverfahren (jeweils Klage gegen die ausgesprochenen Kündigungen im Zusammenhang mit der Einstellung des lizenzpflichtigen Geschäftsbetriebes) wurden vom Arbeitsgericht Frankfurt abgewiesen.

7. Ausblick

7.1. Erwartete wirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktur- und Liquiditätsprogramme der einzelnen Staaten zeigen unterschiedlich starke Wirkung. Während Deutschland die durch die Finanzkrise ausgelöste Wirtschaftskrise nachhaltig überwunden haben dürfte und insbesondere durch den florierenden Export zur Wirtschaftslokomotive Europas geworden ist, sind die kurz- und mittelfristigen Aussichten in den anderen Zielländern teils deutlich negativer als noch im Vorjahr.

Für **Deutschland** rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2013 mit einer Wachstumsrate des BIP in Höhe von 0,4%, was eine weitere leichte Abschwächung der Konjunktur bedeuten würde. In **Slowenien** und **Kroatien** wird von einer sich etwas entspannenden wirtschaftlichen Situation frühestens im Jahr 2014 ausgegangen. Es wird eine Erholung dieser Volkswirtschaften erwartet, jedoch auf einem im Vergleich zu der Zeit vor dem Ausbruch der Finanzkrise niedrigeren Niveau.

In **Slowenien** bleibt die tragende Säule der wirtschaftlichen Erholung in erster Linie die robuste exportorientierte Industrie. Der Bankenbereich steckt jedoch in einer schweren Krise. In **Kroatien** sind vor allem die Erwartungen bezüglich der Tourismuseinnahmen recht positiv. Andererseits ist der Immobiliensektor in eine schwere Krise geraten. Einige positive Impulse gehen auch von dem erwarteten Beitritt Kroatiens zur EU im Jahr 2013 aus.

Diese erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen Staaten sind für die LHB jedoch fast bedeutungslos, da die wenigen verbliebenen Forderungen an Kunden kurzfristig abgewickelt bzw. zurückgeführt werden soll.

7.2. Voraussichtliche Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2013 sollen die noch verbleibenden Forderungen an Kunden bis auf vollständig wertberichtigte NPLs veräußert bzw. abgewickelt werden. Alleine durch die Übertragung der Pensionsverpflichtungen an den BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG wird sich unsere Bilanzsumme auf nur noch ca. EUR 16,0 Mio. reduzieren.

Laufende Erträge auf niedrigem Niveau sind nur noch durch kurzfristige Platzierungen der liquiden Mittel zu erwarten, die jedoch die laufenden Aufwendungen nur zu einem Teil abdecken werden. Wir gehen deshalb daher davon aus, dass das Geschäftsjahr 2013 mit einem geringen Verlust abschließt. Dies wurde bereits bei der Kapitalplanung in 2012 berücksichtigt, so dass auch weiterhin der Fortbestand der LHB AG gewährleistet ist. Die weitere wirtschaftliche Tätigkeit der LHB AG hängt von der strategischen Entscheidung der Muttergesellschaft ab.

8. Erklärung des Vorstandes zu verbundenen Unternehmen

Die Nova Ljubljanska Banka d.d., Ljubljana, ist durch ihre 100 %-ige Beteiligung nach § 16 Abs. 1 AktG ein mit Mehrheit beteiligtes Unternehmen. Nach der gesetzlichen Vermutung ist die LHB AG daher als ein von der Nova Ljubljanska Banka d.d., abhängiges Unternehmen (§ 17 Abs. 2 AktG). Der Vorstand ist nach § 312 AktG verpflichtet, einen Abhängigkeitsbericht zu erstellen. Dieser enthält folgende Erklärung des Vorstands:

„Wir erklären, dass die LHB Aktiengesellschaft bei allen im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen wurden, in keinem Fall benachteiligt worden ist. Sofern im Einzelfall Nachteile aufgetreten sind, wurden diese entsprechend kompensiert. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.“

Frankfurt, 27. Mai 2013

Borut Stanič

Matjaž Jevnišek

Jahresbilanz der LHB Internationale Handelsbank AG, Frankfurt am Main, per 31.12.2012

Aktivseite	2012		2011	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand	373,66		219	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	0,00		4.342	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		373,66	4.561	
	EUR 464,90			
Vorjahr:	EUR 4.342.298,34			
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	32.239.783,69		44.046	
b) andere Forderungen	1.000.000,00		44.626	
		33.239.783,69	88.672	
3. Forderungen an Kunden		3.754.840,50	281.235	
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00		5.171	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	EUR 0,00			
Vorjahr:	EUR 5.051.470,63			
ab) von anderen Emittenten	0,00		96.488	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	EUR 0,00			
Vorjahr:	EUR 80.945.877,54			
		0,00	101.659	
5. Beteiligungen		0,00	163	
6. Anteile an verbundenen Unternehmen		120.500,00	2.249	
darunter: an Kreditinstituten	EUR 0,00			
Vorjahr:	EUR 0,00			
7. Immaterielle Anlagewerte		18.066,00	244	
a) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18.066,00			
b) Geleistete Anzahlungen	0,00			
8. Sachanlagen		515.104,31	764	
9. Sonstige Vermögensgegenstände		3.326.688,17	3.317	
10. Rechnungsabgrenzungsposten		87.617,94	476	
Summe der Aktiva		41.062.974,27	483.340	

Passivseite	2012		2011	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	0,00		42.571	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00		96.538	
		0,00	139.109	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
mit vereinbarter Kündigungsfrist				
aa) von drei Monaten	0,00		193	
ab) von mehr als drei Monaten	0,00		81	
		0,00	274	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	0,00		14.286	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00		239.986	
			254.272	
		0,00		
		0,00	254.546	
3. Sonstige Verbindlichkeiten		800.864,37	906	
4. Rechnungsabgrenzungsposten		8.966,48	288	
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	25.465.595,94		13.660	
b) andere Rückstellungen	6.011.033,19		1.694	
		31.476.629,13	15.354	
6. Nachrangige Verbindlichkeiten		0,00	26.647	
7. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital	1.000.000,00		72.477	
b) Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung vom 29.12.2011 geleistete Einlagen	0,00		5.000	
c) Kapitalrücklage	10.000.000,00		1.923	
d) Gewinnrücklagen				
db) andere Gewinnrücklagen	0,00		26	
		0,00	26	
f) Bilanzverlust/Bilanzgewinn	-2.223.485,71		-32.936	
		8.776.514,29	46.490	
Summe der Passiva		41.062.974,27	483.340	

1. Eventualverbindlichkeiten	EUR		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		600,00	16.898
2. Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		0,00	12.195

Gewinn- und Verlustrechnung der LHB Internationale Handelsbank AG, Frankfurt am Main, für die Zeit vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Aufwendungen	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinsaufwendungen			6.028.152,59	11.028
2. Provisionsaufwendungen			105.671,91	200
3. Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.572.115,16			4.976
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.038.163,10</u>			<u>1.018</u>
		5.610.278,26		5.994
darunter: für Altersversorgung	EUR 237.450,81			
Vorjahr:	EUR 229.701,66			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>5.406.702,43</u>		<u>5.142</u>
			11.016.980,69	11.136
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			456.981,45	349
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.215.398,72	978
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			11.780.725,97	24.728
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.838.329,17	0
9. Außerordentliche Aufwendungen			36.789.765,09	252
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			61.329,47	93
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			32.297,71	3
Summe der Aufwendungen			69.325.632,77	48.767

Erträge	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	12.572.523,83			20.673
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>817.289,01</u>			<u>2.195</u>
		13.389.812,84		22.868
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		220,38		0
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		10.962,74		476
4. Provisionserträge		687.580,13		1.096
5. Sonstige betriebliche Erträge		1.329.383,76		347
6. Außerordentliche Erträge		1.194.637,77		0
7. Jahresfehlbetrag		52.713.035,15		23.980
Summe der Erträge		69.325.632,77		48.767

1. Jahresfehlbetrag		-52.713.035,15	-23.980
2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-32.936.393,08	-8.956
3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		1.923.011,26	0
4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	26.156,26		0
a) aus anderen Gewinnrücklagen		<u>26.156,26</u>	<u>0</u>
		-83.700.260,71	-32.936
5. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		<u>-81.476.775,00</u>	<u>0</u>
6. Bilanzverlust/Bilanzgewinn		-2.223.485,71	-32.936

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

1. Vorbemerkungen

Die Hauptversammlung der LHB Internationale Handelsbank Aktiengesellschaft (LHB Bank) hat am 11.06.2012 die Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes beschlossen. Im Dezember 2012 erfolgte die Rückgabe der Banklizenz sowie die Umfirmierung zu LHB Aktiengesellschaft (LHB AG). Da fast das ganze Geschäftsjahr Bankgeschäfte betrieben wurden, erfolgt auch für 2012 die Rechnungslegung entsprechend den für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften. Hierdurch wird auch der Vergleich mit den Vorjahren gewährleistet. Die Umstellung auf die allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften ohne Berücksichtigung der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute wird mit dem Beginn des Geschäftsjahres 2013 erfolgen.

2. Anzuwendende Vorschriften

Der Jahresabschluss der LHB Internationale Handelsbank Aktiengesellschaft (LHB Bank), Frankfurt am Main, zum 31.12.2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute bestehenden besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Formblatt 2 der RechKredV (Kontoform) verwendet. Sofern Angaben wahlweise in der Bilanz oder im Anhang gemacht werden können, werden die Angaben im Anhang dargestellt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Die Bemessung der Abschreibungen erfolgte nach steuerlich anerkannten Abschreibungssätzen. Für geringwertige Wirtschaftsgüter wurde von der Bewertungsfreiheit nach § 6 Abs. 2 EStG Gebrauch gemacht. Der Beschluss der Hauptversammlung über die Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes führte bei denjenigen Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen, die ausschließlich Relevanz für das Bankgeschäft besitzen, zu einer entsprechenden Anpassung der Restnutzungsdauer.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Für erkennbare Bonitäts- und Länderrisiken im Kreditgeschäft wurde durch Bildung von Einzel- und Länderwertberichtigungen ausreichende Vorsorge getroffen. Zur Abdeckung latenter Kreditrisiken wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB passiviert. Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe des voraussichtlich zu erwartenden Erfüllungsbetrages gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden durch ein versicherungsmathematische Gutachten auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC) ermittelt und abgezinst.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten einschließlich der nicht abgewickelten Kassageschäfte werden mit dem jeweiligen Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften erfolgt die Umrechnung mit dem gesparteten Terminkurs (Kassakurs und Swapsatz). Devisentermingeschäfte dienen ausschließlich der Deckung von Wechselkursschwankungen. Die Vorschriften zur Währungsumrechnung gemäß § 256 a HGB i.V.m. § 340 h HGB wurden beachtet. Das Umrechnungsergebnis aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Offene zinsbezogene Termingeschäfte werden zum beizulegenden Wert bewertet und drohende Verluste aufwandswirksam berücksichtigt. Die Ermittlung des Marktwertes der Zinsswaps erfolgt nach der Discounted-Cash-Flow-Methode.

4. Erläuterungen zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Vorbemerkungen

Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wurden einige Positionen der Aktivseite vollständig veräußert und Positionen der Passivseite vollständig zurückgeführt. Die Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes war jedoch auch mit wesentlichen aufwandswirksamen Maßnahmen verbunden, weshalb einzelne Bilanz- sowie GuV-Positionen nicht unmittelbar mit den Vorjahreswerten verglichen werden können. Aus diesem Grund erfolgt bei den einzelnen Positionen zum besseren Verständnis eine entsprechende Erläuterung.

4.2 Positionen der Aktivseite

Mit der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes entfiel auch die Notwendigkeit der Mindestreservehaltung sowie der Möglichkeit, ein Konto bei der Zentralnotenbank führen zu können. Bei den täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich ausschließlich um bei deutschen Kreditinstituten unterhaltene Sichteinlagen.

Im Rahmen der Umsetzung des HV-Beschlusses zur Rückgabe der Banklizenz wurden bis auf einen geringen, noch nicht abgewickelten Bestand (primär notleidende Kredite) alle Kredite veräußert, sofern diese nicht von den Kreditnehmern entsprechend zurückgezahlt wurden.

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden weisen folgende Restlaufzeiten auf:

(in TEUR)	Kreditinstitute	Kunden
Bis drei Monate	0	224
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	550
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.000	61
Mehr als fünf Jahre	0	102
Mit unbestimmter Laufzeit	-	2.818
GESAMT	1.000	3.755
Davon gegenüber		
- Verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	0 (89)	0 (10.000)
- Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)		157 (19.343)

Alle Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere wurden – unabhängig von der Zuordnung zum Anlagebestand oder der Liquiditätsreserve – veräußert, sofern diese nicht ohnehin im Geschäftsjahr fällig waren.

Anlagenpiegel

	Anschaftungs-	Umglie-	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen		Restbuchwert	Restbuchwert
	kosten	derungen			Wertberichtigungen			
	01.01.2012	2012			Insgesamt	Geschäftsjahr	31.12.2012	31.12.2011
Wertpapiere	72.206	0	0	72.206	0	0	0	72.206
Beteiligungen	163	0	0	0	163	163	0	163
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.590	0	19.710	20.000	2.179	1.838	121	2.249
Betriebs-/Gesch.Ausst.	5.126	0	159	561	4.209	245	515	764
Software gesamt	3.294	0	33	390	2.919	212	18	227
davon: Anzahlung Software	17			17			0	17
	83.396	0	19.902	93.174	9.470	2.458	654	75.626

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit einem Buchwert in Höhe von TEUR 515 bilanziert. In der Position Software ist ausschließlich Standardsoftware enthalten.

In der Position Sonstige Vermögensgegenstände sind insbesondere Steuererstattungsansprüche (TEUR 1.122), aufgrund von Zwangsvollstreckungen bei Kreditnehmern in unser Eigentum übergegangene Immobilien zum Weiterverkauf (TEUR 1.018) und Vorauszahlungen (TEUR 1.101) ausgewiesen.

In den Rechnungsabgrenzungsposten ist kein Unterschiedsbetrag gemäß § 250 Abs. 3 HGB enthalten.

4.3 Positionen der Passivseite

Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes bestanden zum Bilanzstichtag weder Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten noch Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken. Im Vorjahr bestanden Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Kreditinstituten in Höhe von TEUR 16.724 und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 5.036.

In den sonstigen Verbindlichkeiten werden insbesondere noch abzuführende sonstige Steuern (TEUR 654), nach dem Bilanzstichtag vorgelegte Rechnungen für das abgelaufene Geschäftsjahr (TEUR 87) und Umsatzsteuerverbindlichkeiten (TEUR 17) ausgewiesen.

Der passivische Rechnungsabgrenzungsposten enthält keine Unterschiedsbeträge gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Gesamtbetrag betrifft die Abgrenzung von Provisionen und Gebühren.

Die Pensionsrückstellungen wurden durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Die biometrische Rechnungsgrundlage bilden die neuen „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck. Die Abzinsung auf den Barwert erfolgte mit einem Zinssatz von 5,06 %; der Gehaltstrend wurde mit 3 % p.a. angenommen. Von der bislang angewandten Möglichkeit, den sich aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG ergebenden Aufwand auf 15 Jahre zu verteilen, wurde per 31.12.2012 kein Gebrauch mehr gemacht. Die Pensionsrückstellungen wurden somit zum vollen abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt (§ 253 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 2 HGB). Der noch ausstehende Betrag in Höhe von TEUR 3.276 wurde aufwandswirksam zurückgestellt. Aufgrund einer bereits vertraglich vereinbarten Übertragung der Pensionsverpflichtungen an einen externen Pensionsfonds erfolgte eine Aufstockung der Pensionsverpflichtungen auf den zum 31.12.2012 ermittelten unverfallbaren Ansprüche (= Past-Service) in Form einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 8.581. Bei dem Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 25.466 handelt es sich somit um die im Jahr 2013 an den Pensionsfonds zu leistende Einmalzahlung die Past Service zum 31.12.2012. Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Pensionen bestehen in Höhe von TEUR 70. Dabei handelt es sich um nicht rückstellungsfähige Anwartschaften, die im Jahr 2013 noch zu verdienen sind (= Future Service).

Die anderen Rückstellungen beinhalten hauptsächlich die erwarteten Kosten des Sozialplans für Transfergesellschaft und Abfindungen (TEUR 4.812), Archivierungskosten (TEUR 670), Rechtskosten (TEUR 181) sowie Prüfungskosten (TEUR 200).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten wurden im Berichtsjahr vollständig zurückgezahlt, wobei eine nicht börsenfähige nachrangige Schuldverschreibung über TEUR 11.000 am 10.04.2012 fällig wurde und drei von unserer Muttergesellschaft Nova Ljubljanska banka d.d. aufgenommene Nachrangdarlehen über insgesamt TEUR 15.500 nach Rückgabe der Banklizenz vorzeitig zurückgezahlt wurden. Die Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf insgesamt TEUR 1.121.

Der Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von TEUR 23.980 wurde auf Beschluss der Hauptversammlung in voller Höhe als Verlust vorgetragen.

In der Berichtsperiode wurden, in chronologischer Reihenfolge, folgende Kapitalmaßnahmen durchgeführt:

Bezeichnung:	Betrag:
Umbuchung der in 2011 geleisteten Einlage in das gezeichnete Kapital	5.000 TEUR
Ordentliche Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital	5.000 TEUR
Auflösung der anderen Gewinnrücklagen zum Ausgleich des ausgewiesenen Bilanzverlustes	26 TEUR
Auflösung der Kapitalrücklage zum Ausgleich des ausgewiesenen Bilanzverlustes	1.923 TEUR
Vereinfachte Kapitalherabsetzung gem. §§ 229 ff. AktG	81.477 TEUR
Einzahlung in die Kapitalrücklage	10.000 TEUR

Als Ergebnis dieser Maßnahmen beträgt das Grundkapital zum Bilanzstichtag TEUR 1.000. Das Grundkapital besteht aus 1.000.000 Stückaktien und ist voll eingezahlt. Alle Aktien werden von der Nova Ljubljanska banka d.d., Ljubljana, Slowenien, gehalten.

Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften zur vereinfachten Kapitalherabsetzung nach §§ 229 ff. AktG wurde der nach Verrechnung der anderen Gewinnrücklagen und Kapitalrücklagen verbleibende Bilanzverlust 2011 vollständig verrechnet. Der nach dieser Verrechnung verbleibende Betrag aus der vereinfachten Kapitalherabsetzung muss zwingend zum Ausgleich der im Geschäftsjahr 2012 eintretenden Verluste verwendet werden. Sofern ein positiver Unterschiedsbetrag verbleibt, ist dieser gemäß § 232 AktG in die Kapitalrücklage einzustellen.

Der aus der vereinfachten Kapitalherabsetzung gewonnene Betrag in Höhe von TEUR 81.477 wurde wie folgt verwendet:

Ausgleich von verbleibenden Verlusten aus den Vorjahren nach Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen	30.987 TEUR
Deckung von sonstigen Verlusten des laufenden Geschäftsjahres	50.490 TEUR

Als Eventualverbindlichkeit ist lediglich noch eine einzige Mietbürgschaft an einen Mitarbeiter ausgewiesen. Als Sicherheit dienende Vermögensgegenstände wurden nicht hereingenommen. Für den Fall der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft besteht die Möglichkeit der Aufrechnung mit Lohn- und Gehaltsansprüchen.

4.4 Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zinserträge werden auf folgenden Märkten erzielt:

	Anteil (%)	Vorjahr (%)
Kroatien	52,8	43,3
Deutschland	18,4	23,0
Slowenien	20,0	21,7
Sonstige	8,8	12,0
Gesamt	100,0	100,0

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen (TEUR 842) und Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen (TEUR 249) enthalten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere beinhalten ausschließlich eine Abschreibung auf eine Beteiligung (TEUR 163) sowie Abschreibungen auf unsere verbundenen bzw. ehemals verbundenen Unternehmen LHB Trade d.o.o. und LHB Immobilien GmbH.

Die Außerordentlichen Aufwendungen beinhalten ausschließlich

- Disagios und Gebühren aus Forderungsverkäufen im Rahmen der Vorbereitung der Rückgabe der Banklizenz in Höhe von TEUR 17.467
- Kosten des Sozialplans in Höhe von TEUR 6.467
- einen Sonderaufwand in Höhe von TEUR 8.581 aufgrund der bereits mit dem BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG vertraglich vereinbarten Übertragung unserer Pensionsverpflichtungen im Juni 2013

- einen Sonderaufwand in Höhe von TEUR 3.024, der daraus resultiert, dass wir von der bislang angewandten Möglichkeit, den sich aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG ergebenden Aufwand auf 15 Jahre zu verteilen, per 31.12.2012 keinen Gebrauch mehr gemacht haben.
- Sonderaufwendungen in einer Gesamthöhe von TEUR 1.251 aufgrund vorzeitige Rückzahlung langfristiger Verbindlichkeiten.

Bei den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag handelt es sich ausschließlich um Steueraufwand im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen für das laufende Jahr.

Die Position Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen betrifft ausschließlich die periodengerechte Gewinnvereinnahmung des Gewinns der LHB Immobilien GmbH, der der LHB AG trotz Veräußerung noch zusteht.

Als Sonstige betriebliche Erträge werden insbesondere die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 898), eine Umsatzsteuerrückerstattung für frühere Jahre (TEUR 179), Zinserträge betreffend Steuern aus früheren Jahren (TEUR 50), Erträge aus außergerichtlichen Vergleichen mit früheren Kreditnehmern (TEUR 61) sowie die Rückerstattung von Kosten des Vorjahres (TEUR 30) ausgewiesen.

Die Außerordentlichen Erträge beinhalten ausschließlich Agios aus Forderungsverkäufen im Rahmen der Rückgabe der Banklizenz.

5. Anteilsbesitz

Unternehmen	Anteil	Buchwert (TEUR)	Eigenkapital (TEUR)	Ergebnis (TEUR)
LHB Trade d.o.o., Zagreb, Kroatien	100 %	121	546	-268

Die bisher unter der Bilanzposition Beteiligungen ausgewiesenen Anteile in Höhe von TEUR 163 wurden aufgrund dauerhafter Wertminderung in voller Höhe abgeschrieben.

Die Bilanzposition Anteile an verbundenen Unternehmen enthält nur noch eine Beteiligung an der LHB Trade d.o.o., Zagreb, Kroatien mit einem Wert von TEUR 121.

Im Rahmen der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes wurden auch die finanziellen Beziehungen zu den verbundenen Unternehmen durch Debt-/Equity-Swaps neu strukturiert. Der Beteiligungswert an dem verbundenen Unternehmen LHB Trade wurde auf Basis eines externen Gutachtens auf den beizulegenden Wert angepasst. Die Beteiligung an der LHB Immobilien GmbH, Frankfurt am Main, wurde zum Jahresende veräußert.

Der Jahresüberschuss der LHB Immobilien GmbH steht uns noch in voller Höhe zu und wurde aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages periodengerecht im vorliegenden Jahresabschluss berücksichtigt.

6. Konzernabschluss

Das noch verbleibende Tochterunternehmen LHB Trade d.o.o. ist einzeln und zusammen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Deshalb wird gemäß § 296 Abs. 2 Satz 1 HGB auf die Einbeziehung und damit auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses verzichtet.

Die Muttergesellschaft, Nova Ljubljanska banka d.d., erstellt einen befreienden Konzernabschluss nach § 291 HGB.

6. Sonstige Angaben

6.1 Angabe gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Die von uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft berechnete für im Geschäftsjahr 2012 insgesamt ein Honorar in Höhe von TEUR 316 (Vorjahr: TEUR 280). Hiervon entfielen TEUR 200 (Vorjahr: TEUR 271) auf Abschlussprüfungsleistungen für das Jahr 2012 und TEUR 116 (Vorjahr: TEUR 9) auf sonstige Leistungen.

6.2 Repräsentanzen

Vor dem Hintergrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes erfolgten im Geschäftsjahr 2012 die Schließungen der Repräsentanzen in Zagreb und Belgrad.

6.3 Verpflichtungen aus Mietverträgen

Aus dem mit der LHB Immobilien GmbH, Frankfurt, geschlossenen Mietvertrag für Büroräume bestehen mittelfristig Mietverpflichtungen in Höhe von TEUR 1.636.

6.4 Angaben über Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestanden keine offenen Termingeschäfte.

6.5 Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden

Zum Bilanzstichtag bestanden keine auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden.

Die Aufwendungen aus der unterjährigen Währungsumrechnung belaufen sich auf TEUR 77 (Vorjahr: TEUR 24) und wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

6.6 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank 67 Mitarbeiter (34 weibliche und 33 männliche Mitarbeiter); davon waren 2 Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt. Aufgrund der Einstellung des lizenzpflichtigen Bankgeschäftes besteht nach dem Bilanzstichtag nur noch mit 26 Mitarbeitern ein Beschäftigungsverhältnis. Alle Beschäftigungsverhältnisse sind – sofern diese nicht aufgrund vertraglicher Befristungen auslaufen – gekündigt und enden in 2013.

7. Organe der Bank

7.1 Vorstand

Der Vorstand setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Borut Stanič: Vorstandsvorsitzender
Zuständigkeit: Markt

Matjaž Jevnišek: Mitglied des Vorstandes
Zuständigkeit: Marktfolge

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden Pensionen in Höhe von TEUR 565 gezahlt. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen zum 31.12.2012 insgesamt TEUR 7.283.

Kredite an Mitglieder des Vorstandes sowie sonstige Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern des Vorstandes bestanden per 31.12.2012 nicht.

Kein Mitarbeiter der LHB AG übte per 31.12.2012 ein Mandat in einem gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtsgremium aus.

7.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr folgende Personen an:

David Benedek:	Vorsitzender des Aufsichtsrats; bis 31.12.2012 Mitglied des Vorstands der Nova Ljubljanska banka d.d., Ljubljana
Dr. Uroš Čufer:	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats; Direktor der Nova Ljubljanska banka d.d., Ljubljana
Maja Polonca Kovačič:	Mitglied des Aufsichtsrates; Beraterin des Direktors, Sektor zur Verwaltung von Kapitalanlagen bei der Nova Ljubljanska banka d.d., Ljubljana
Samo Nučič:	Mitglied des Aufsichtsrates; Generalsekretär der Nova Ljubljanska banka d.d., Ljubljana; ab 01.10.2012 Vorstandsvorsitzender der NLB Banka Beograd
Martina Bensch-Müller:	Mitglied des Aufsichtsrates, Arbeitnehmervertreterin; Angestellte der LHB Aktiengesellschaft
Markus Buzov:	Mitglied des Aufsichtsrates, Arbeitnehmervertreter; Angestellter der LHB Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2012 keine Vergütung. An Mitglieder des Aufsichtsrates wurden per 31.12.2012 Kredite in Gesamthöhe von TEUR 58 gewährt.

8. Jahresergebnis und Ergebnisverwendung

Es wird vorgeschlagen, den nach Verrechnung des aus der vereinfachten Kapitalherabsetzung verbleibenden Bilanzverlust in Höhe von TEUR 2.224 auf neue Rechnung vorzutragen.

Frankfurt, 27. Mai 2013

Borut Stanič

Matjaž Jevnišek

Billigung und Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat hat am 05. Juni 2013 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 gebilligt, der damit festgestellt ist.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der LHB Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 29. Mai 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer



ppa. Kerstin Voeller
Wirtschaftsprüfer

